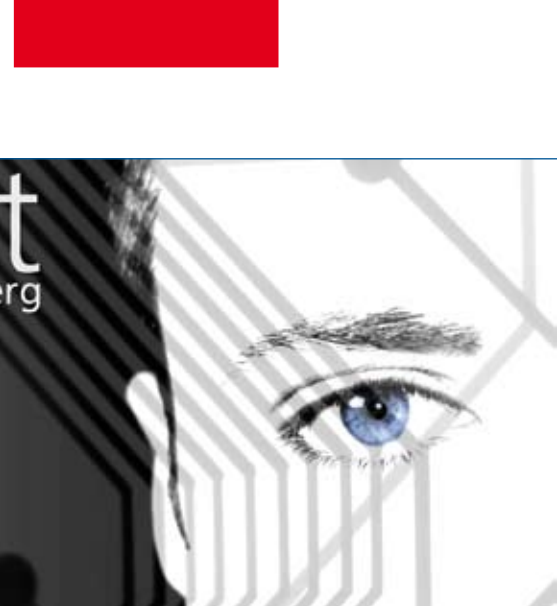




quergedacht
in Baden-Württemberg



Die Zukunft der politischen Kultur in Baden-Württemberg



**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

Editorial



Gedanken zur Demokratie

Über 20 Jahre lang war Manfred Rommel Oberbürgermeister von Stuttgart. Politisch denkt er auch im Ruhestand weit über kommunale Grenzen hinaus.

Quer gedacht

Mit der neuen Veranstaltungsreihe „Quer gedacht“ des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg möchten wir längerfristige Zukunftsfragen der Gesellschaft thematisieren. Unser Ziel ist es, Fragestellungen aufzuwerfen, die heute vielleicht noch kein Thema sind oder die womöglich als undenkbar gelten.

Den Auftakt dieser Reihe bildete das Thema „Die Zukunft der politischen Kultur in Baden-Württemberg“. Rund 60 Teilnehmer – interessierte Bürger, Fachreferenten und Politiker – diskutierten überaus engagiert gemeinsam darüber. Diese Dokumentation gibt einen Überblick über die Inhalte und Ergebnisse.

*Felix Schmidt,
Leiter des Fritz-Erler-Forums*

Nicht jeder Politiker wird nach dem Ende seiner politischen Laufbahn noch lange als wertvoller und kompetenter Gesprächspartner geschätzt. Manfred Rommel gehört zweifelsohne zu jenen, deren Worte auch jenseits des politischen Amtes starkes Gewicht haben. Als Oberbürgermeister von Stuttgart hat sich der CDU-Politiker nicht nur lokal und regional, sondern auch international einen Namen gemacht – nicht zuletzt auch deshalb, weil er stets konsequent und selbstbewusst eigene Standpunkte vertritt, offen für neue Ideen jenseits enger Parteigrenzen und durchaus in der Lage zum kreativen Querdenken ist.

diskutieren. Sie bekamen damit die Möglichkeit, engagiert und persönlich in das Geschehen einzugreifen, Meinungen zu vertreten und Standpunkte auszutauschen. Angesichts sinkender Wahlbeteiligungen und Politikverdrossenheit beschäftigten sich die Gäste der Veranstaltung unter anderem mit der Frage, ob sich die politische Kultur in Zukunft tatsächlich wandeln werde.

**„Einigkeit ist keine
Selbstverständlichkeit.
Einig werden wir uns in der
Demokratie nie sein.“**



Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Manfred Rommel über den Umgang mit der Demokratie | 2 |
| SPD-Vordenker Erhard Eppler über den Wandel der politischen Kultur | 4 |
| Delphi-Studie „2017 – Was Menschen morgen bewegt“ | 6 |
| Fünf Gesprächsrunden im World Café | 8 |
| Kreativer Einsatz im Improvisations-Theater | 11 |

Mit diesen Eigenschaften ist Rommel geradezu prädestiniert als Auftaktredner für eine neue Veranstaltungsreihe des Fritz-Erler-Forums, dem Stuttgarter Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung. Unter dem Motto „Quer gedacht – Die Zukunft der politischen Kultur in Baden-Württemberg“ hatte das Fritz-Erler-Forum zu einem politischen Abend der besonderen Art eingeladen. Neben Vorträgen und Interviews auf dem Podium hatten die rund 60 Teilnehmer der Veranstaltung Gelegenheit, im Rahmen eines World Cafés in fünf Arbeitsgruppen aktiv über politische Zukunftsfragen zu



Mit einigen grundsätzlichen Gedanken zur Politik eröffnete Manfred Rommel den Abend. Unter dem Thema „Politische Kultur im Rückblick: Brüche und Veränderungen“ nutzte Rommel die deutsche Einheit als Auftakt seiner persönlichen Betrachtung. Deutsche würden Einigkeit heute als eine normale Sache betrachten, stellte Rommel fest, doch „einig werden wir in einer Demokratie nie sein.“ Vielmehr müsse man in der Demokratie mit der Uneinigkeit zurechtkommen. Der CDU-Politiker hält es für unbedingt erforderlich, die Demokratie zu erhalten und zu pflegen. Das Gute an Demokratie sei, dass sie „Widerspruch und Kritik organisiert“, so der Stuttgarter Ex-Oberbürgermeister – und dies sind in diesem

Zusammenhang keineswegs negative Entwicklungen.

Beim Blick in die Zukunft sieht der renommierte Politiker indes mitunter

Bessere Umgangsformen sind nötig, denn „unsere Zukunft ist kein vergrößertes Abbild der Gegenwart“.

dunkle Gewitterwolken aufziehen. Er empfindet beispielsweise den Kampf um die Rohstoffe als eine Bedrohung in der Zukunft. Rommel sieht gerade bei diesem Thema sogar die Gefahr von militä-

rischen Eingriffen, wenn es um die Sicherung der Versorgung der Menschen mit Rohstoffen geht.

Von zahllosen harten politischen Auseinandersetzungen gestählt, wünscht sich der Stuttgarter Politiker für die Zukunft, dass die Menschen mit mehr Anstand miteinander umgehen – nicht nur auf der politischen Bühne. Und gleichzeitig nach vorne blicken, denn „unsere Zukunft ist kein vergrößertes Abbild der Gegenwart.“ Wenig hält der 79-jährige davon, der Vergangenheit nachzutruern. „Das ist rum“, meint der Politiker lakonisch in breitem Schwäbisch.

Für Rommel ist es eine Zukunftsaufgabe, die Beziehungen zwischen den Völkern weiter auszubauen. „Wir müssen versuchen, gerecht zu sein“, appellierte Rommel an die Zuhörer und zeigt damit einmal mehr, dass er ein Mann des politischen Ausgleichs ist. Als aktiver Politiker ebenso wie als engagierter Ruheständler.

Zur Person

Manfred Rommel (79) war von 1974 bis 1996 Oberbürgermeister von Baden-Württembergs Hauptstadt Stuttgart. Der in Herrlingen geborene CDU-Politiker studierte in Tübingen Rechts- und Staatswissenschaften. Bei seiner ersten Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart setzte sich Rommel 1974 gegen den SPD-Politiker Peter Conradi durch. International bekannt wurde der als liberal geltende Rommel als Präsident des Deutschen Städtetages und durch seinen Einsatz für ein Begräbnis der RAF-Terroristen in Stuttgart in den siebziger Jahren. In seiner Arbeit ließ sich Rommel ungern von Parteipolitik eingrenzen. Trotz seiner Parkinson-Erkrankung engagiert sich Rommel auch im Ruhestand intensiv als Redner und Buchautor.



Politische Arbeit als Chance für die Zukunft

Im Gespräch äußerte SPD-Politiker Erhard Eppler seine Wünsche und Hoffnungen für eine bessere politische Kultur.

Er verfügt über umfassende Erfahrung in der Landespolitik, war als Minister Mitglied einer Bundesregierung und hat intensiv an mehreren Grundsatzprogrammen der SPD mitgearbeitet – der politische Erfahrungsschatz von Erhard Eppler ist ebenso vielfältig wie fundiert. Bei der Veranstaltungsreihe „Quer gedacht“ diskutierte Eppler mit der SWR-Moderatorin Christiane Brehl über die politische Kultur im Wandel zwischen gestern, heute und morgen.

Eppler definiert politische Kultur als den Umgang von Menschen mit Menschen „in jenen Bereichen, wo es um Macht geht“. Vor Jahrhunderten sei dies ein Kampf um Leben und Tod gewesen. In einer heutigen modernen Demokratie werde der Kampf um die Macht so zivilisiert, „dass der Unterlegene auch wieder der Überlegene werden kann“. Der SPD-Politiker sieht dabei Parallelen zum Sport: „In der Demokratie darf es keine

Feinde geben, sondern nur Gegner“, so Eppler. Kritisch betrachtet der Politiker die Entwicklung der politischen Kultur in den vergangenen 20 Jahren. In dieser Zeit habe die politische Kultur kaum Schritte nach vorne gemacht, sondern teilweise sogar nach hinten. Als Beispiel für diese

„In der Demokratie darf es keine Feinde geben, sondern nur Gegner.“

Entwicklung nannte Eppler das Interesse junger Menschen an der Politik. „Früher hat man sich politische Debatten am Radio angehört“, stellte der SPD-Politiker ernüchert fest. „Heute werden diese sogar in Fernsehsendern übertragen, aber keiner hört zu.“

Deutliche Kritik äußerte Eppler an der großen Koalition in Berlin. Er selbst

gehörte in den sechziger Jahren einer großen Koalition an. Es könne nicht sein, meint Eppler, dass heute Minister einer Regierung öffentlich gegeneinander polemisieren. „Eine Regierung muss als Verfassungsorgan nach außen einen gemeinsamen Willen haben“, so der Politiker.

Hart ins Gericht geht Eppler mit der heutigen Rolle der Medien und deren Einfluss auf die Politik. Wenn Parteien heute Grundsatzprogramme verabschieden, würden sich die Medien überhaupt nicht dafür interessieren. „Wie soll man als Partei diese Arbeit und die Ergebnisse transportieren, wenn sich die Medien nicht dafür interessieren?“ fragt Eppler.

Eppler wünscht sich ein verstärktes Engagement der Bürger als Citoyen, also aktiver Staatsbürger, für das, was im Staat passiert. Leider sei die Bereitschaft der Bürger rückläufig, einer politischen Partei beizutreten oder überhaupt zur Wahl zu gehen. „Menschen engagieren sich

Zur Person

Der im Dezember 1926 in Ulm geborene SPD-Politiker Erhard Eppler war von 1968 bis 1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. In seiner Partei gehörte er von 1970 bis 1991 dem Bundesvorstand an, von 1973 bis 1989 nahezu permanent dem Präsidium und war von 1973 bis 1992 Vorsitzender der Grundwertekommission. In Baden-Württemberg fungierte Eppler von 1973 bis 1981 als SPD-Landesvorsitzender. Nach seinem Rückzug aus der Bundespolitik widmete er sich der Evangelischen Kirche Deutschlands und war Kirchentagspräsident.





heute oft sehr stark für eine kurzfristige Sache wie Umgehungsstraßen oder Flughafenerweiterungen“, hat Eppler festgestellt. „Das ist gut so, stellt aber kein permanentes politisches Engagement dar.“ Eppler befürchtet auch eine nachlassende Bedeutung der kommunalen Parlamente durch weitere Privatisierungen. Wenn ehemalige kommunale Aufgaben von privaten Unternehmen übernommen würden, schwinde das Gewicht der Parlamente.

„Kapital, das global agiert, sitzt gegenüber einer Landesregierung am längeren Hebel“, so Eppler. In dem Maße, wie man in solchen Fällen den Staat abbaue, baue man auch die Demokratie ab, warnte er.

Eppler appellierte, Kompetenzen in Europa neu aufzubauen. „Wir haben eine lange Durststrecke vor uns, um die Souveränität der Politik vor der Wirtschaft wiederherzustellen“, glaubt er. In der aktuellen politischen Situation hält Eppler

es für sinnvoll, auf Volksbegehren und Volksentscheide zu setzen – „trotz aller Tücken des Plebiszits“. Wenn die Bedürfnisse der Menschen zu mehr Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit gingen, würde sich dies politisch positiv auswirken – sei es im Rahmen von Bürgerinitiativen oder bei der Arbeit in politischen Parteien. Sein Fazit formulierte Eppler in einer Frage: „Gelingt es, das Verhältnis von Markt und Politik wieder einzurenken?“



Was die Menschen in zehn Jahren bewegt

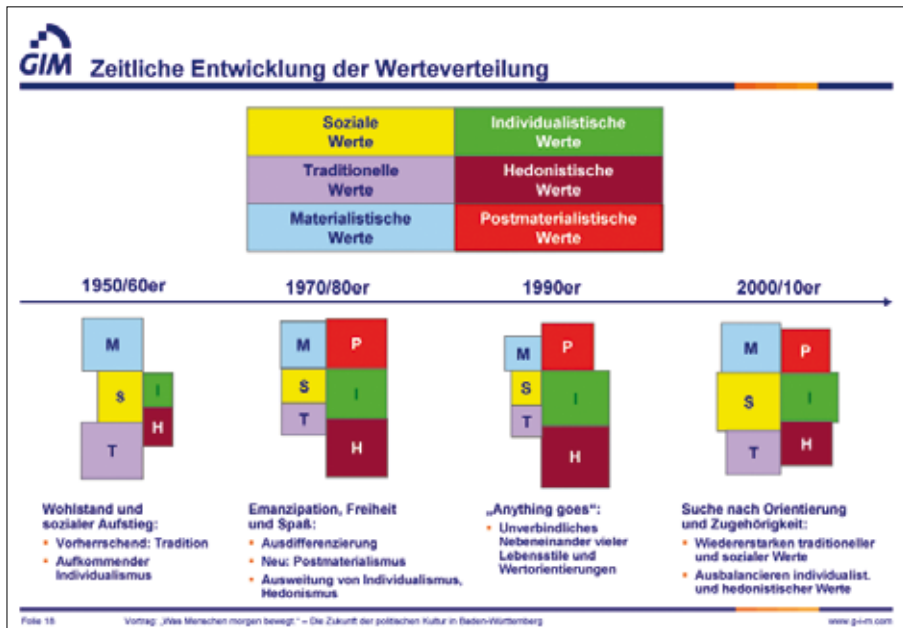
Mit einer Studie wagt die Heidelberger Gesellschaft für Innovative Marktforschung (GIM) eine Prognose über die Gesellschaft im Jahr 2017.

Für einen Blick in die Zukunft sucht mancher die Wahrsagerin auf der Kirmes auf. Ob deren Weissagung indes hilfreich ist, darf bezweifelt werden. Wissenschaftliche Studien kommen der Wahrheit schon etwas näher. Die in Heidelberg ansässige Gesellschaft für Innovative Marktforschung (GIM) hat mit der Studie „Delphi 2017 – Was Menschen morgen bewegt“ einen Blick in die Zukunft gewagt. „Mit der Studie zeichnet die GIM ein facettenreiches Szenario der gesellschaftlichen Entwicklung in der nächsten Dekade“, erklärt Christian Wenger, Co-Autor der

Studie. Die Studie beschreibt Entwicklungen in zentralen Lebensbereichen wie Gesundheit, Familie, Bildung, Medien und Mobilität. Sie wagt eine Prognose auf Wertvorstellungen, die für die Zukunft prägend sein werden und zeigt, wie die Menschen mit diesen Entwicklungen umgehen werden. „Die Ergebnisse der Zukunftsprognose basieren auf einer Befragung von 40 Experten aus Deutschland und sechs weiteren Ländern“, so Wenger.

Nach den Einschätzungen der Marktforscher hat sich die Einstellung der Menschen in der globalisierten Welt verändert.

Aus der positiven Grundhaltung sei ein Abwehrkampf gegen gefühlte und reale Bedrohungen geworden. „Die Menschen begegnen dem Wandel heute vorwiegend mit Skepsis“, so Wenger. Die Zeitfenster, in denen etwas von Bestand sei, würden immer kürzer, die Halbwertszeiten vormaliger Sicherheiten und Rahmenbedingungen würden rapide sinken. Umso stärker, glauben die Marktforscher, wachse bei den Menschen die Sehnsucht nach mehr Ordnung und Sicherheit im Leben. Eigenverantwortung werde zunehmend als Bürde empfunden.



Ansprüche an die eigene Selbstverwirklichung wieder zurückfahren, ohne die individuellen Freiheiten aufgeben zu wollen. Was den Menschen heute fehle, sei soziale Einbindung, emotionale Verbindlichkeit und Vertrauen. Daher wachse das Bedürf-

Im Lauf der Dekaden haben sich die Werte der Menschen gewandelt.

nis nach Auszeiten von der permanenten Selbstdarstellung und der Wunsch nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit.

„Was die Menschen morgen bewegt, ist vor allem das Bedürfnis nach mehr Unterstützung bei der Organisation ihres Lebens. Sie wünschen sich mehr Orientierung und Sinn. In der kommenden Dekade werden sich die Menschen auf die Suche nach neuen Freiräumen der Selbstbestimmung begeben“, so Wenger. Darin liege auch eine Chance für die politischen Parteien, um die Menschen im Alltag zu unterstützen und das Leben zu erleichtern.

Der Rückzug des Staates aus der sozialen Sicherung und der Globalisierungsdruck haben die deutsche „Mitte-Gesellschaft“ unter Druck gesetzt. Weil der soziale Fahrstuhl ins Stocken geraten sei, habe bereits eine intensive Wertediskussion begonnen. In der kommenden Dekade stünden in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen kontroverse Aushandlungsprozesse bevor. Indem der Staat sein Engagement kontinuierlich reduziert habe, werde dem Einzelnen immer mehr Eigenverantwortung aufgebürdet.

„Ob Gesundheit, Arbeit, Alter, Bildung – die staatliche Absicherung ist brüchig geworden“, so Wenger. Der Marktforscher glaubt, dass sich die Menschen in Zukunft wieder stärker nach innen richten. Die Bürger suchen nach Entlastung vom Entscheidungszwang. „Der Wunsch nach Eindeutigkeiten, Kontinuität und Verlässlichkeit leitet die Abkehr von einer Kultur der Beliebigkeit und der Willkürlichkeit ein.“ Die Menschen werden in Zukunft ihre

Delphi-Studie

Bei einer Delphi-Studie handelt es sich um eine systematische wissenschaftliche Untersuchung, mit der Trends und Entwicklungen eingeschätzt werden. Dabei wird in der Regel Experten ein Fragen- oder Thesenkatalog vorgelegt. Häufig werden Delphi-Umfragen schriftlich, anonym und getrennt durchgeführt. Die befragten Experten

erfahren zumeist erst nach Ende der Untersuchung, wer außer ihnen befragt wurde. Entwickelt wurde die Delphi-Methode bereits in den sechziger Jahren. Ihr Name geht zurück auf die griechische Stadt Delphi, in deren Tempel sich ein Orakel, eine griechische Pilger- und Weissagungstätte, befand.





World Café: Mehr als nur ein Kaffeestündchen

Fünf Gesprächsrunden bildeten die Bühne für engagierte Auseinandersetzung.



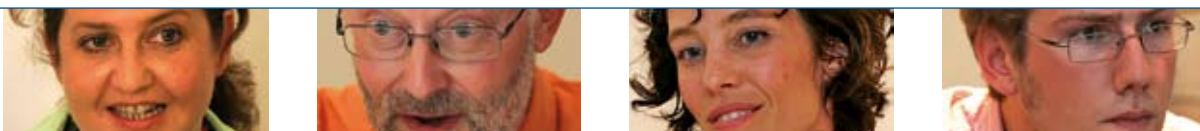
Nicht nur zuhören, sondern aktiv an einer Diskussion teilnehmen, eigene Vorstellungen einbringen und mögliche Lösungen mitgestalten – diese Chance eröffnet ein World Café. In einer lockeren Runde können die Teilnehmer über verschiedene Themen diskutieren. Bei der Auftaktveranstaltung „Quer gedacht“ zum Thema „Die Zukunft der politischen Kultur in Baden-Württemberg“ hatten die Gäste die Auswahl unter fünf Diskussionsthemen. Das zeitliche Limit von maximal einer halben Stunde pro Diskussionsrunde gab den Gesprächen einen disziplinierten Rahmen, an bis zu drei Gesprächskreisen

konnten sich die Besucher der Abendveranstaltung beteiligen.

Die Auswahl des Themas war für den Einzelnen ebenso freigestellt wie die Art der Beteiligung: vom Zuhören über sporadische Meinungsäußerungen bis hin zur leidenschaftlichen Auseinandersetzung war alles möglich. In jeder Gruppe sorgten ein Moderator und ein Gastgeber dafür, Denkanstöße zu geben und unterschiedliche Aspekte ins Gespräch zu bringen. Was in den Gruppen an Ideen und Konzepten entstand, landete als Notiz buchstäblich auf dem Tisch: Die Papiertischdecken wandelten sich innerhalb

kurzer Zeit zu prall gefüllten, bunten Merktzetteln voller kreativer Gedanken.

Unter der Fragestellung „Welches Parlament werden wir haben?“ versuchte eine Gesprächsrunde einen Blick in die Zukunft der parlamentarischen Demokratie. In der von Jochen Häussermann-Schuler und Angelika Vetter moderierten Runde beschäftigten sich die Teilnehmer mit der Frage, was Parlamentarier tun können, um mehr Transparenz ihres Handelns herzustellen. Beklagt wurde von den Gesprächsteilnehmern die zu große Zahl von Parlamenten über verschiedene Hierarchieebenen. Zudem würden sich die



Parteien heute zu sehr abschotten. Ein Teilnehmer erinnerte an die Herkunft des Wortes Parlament vom französischen „parler“, also sprechen – doch die Bürger, so die Kritik, dürften nicht mehr mitreden. In Zukunft, äußerten einige Gäste der Veranstaltung, werde es andere Formen des Politikmachens und ein anderes Selbstverständnis der Parlamente geben. Ziel sei es, dass die Bürger mehr und aktiv mitreden dürften. Eine Teilnehmerin verwies auf die Beteiligung der Bürger in der Schweiz an politischen Entscheidungen. Weil dabei Sachfragen diskutiert würden, so die Auffassung, werde Politikverdrossenheit gemindert.

Mit den Chancen eines konkreten Engagements seitens der Bürger beschäftigte sich jene Gesprächsrunde, die unter dem Thema „Welche Bürgerinitiative und welches Bürgerengagement wird es geben?“ zusammengefasst war. Die Teilnehmer brachten die Erwartung zum Ausdruck, dass bürgerschaftliches Engagement so organisiert werden müsse, dass politische Willensbildung möglich sei. In der von dem Journalisten Roland Peter und Gabriele Dönig-Poppensieker, Oberbürgermeisterin von Filderstadt, begleiteten

Runde wurde der Wunsch formuliert, dass Bürgerengagement ernst genommen werden müsse. Die Bürger dürften sich nicht ausgenutzt fühlen. Unter dieser Voraussetzung werde sich das Engagement auch in neuen Formen in der Zukunft weiterentwickeln. Für die Gesprächsteilnehmer dieser Runde ist es wichtig, dass Engagement nicht nur gewünscht, sondern auch organisiert und umgesetzt wird. Dabei

Papiertischdecken wandelten sich zu prall gefüllten Merktzetteln voller kreativer Gedanken.

müssten alle Schichten der Gesellschaft erreicht werden und für alle Zugänge eröffnet werden. Als konkrete positive Beispiele für Bürgerengagement wurden die Städte Filderstadt und Dortmund mit der Schaffung von Runden Tischen in den einzelnen Stadtteilen genannt.

„Kernpunkt der Debatte war die Frage nach dem bürgerschaftlichen Engagement“, berichtet Moderator Roland Peter.

„Es wurde kaum über Volksabstimmung oder ähnliches diskutiert.“ Als problematisch empfanden es die Gesprächsteilnehmer, dass bürgerschaftliches Engagement eine Sache der bürgerlichen Mitte sei und ehrenamtliche Mitarbeit einen Teil der Gesellschaft ausschließe. Immer wieder wurde die Frage aufgeworfen, wie man alle Bürger – also auch Migranten und andere – zu mehr Engagement bewegen könnte. Bürgerschaftliches Engagement müsste nach dem Wunsch der Gesprächsrunde unbedingt an politische Entscheidungsmöglichkeiten gekoppelt sein. Wer sich engagiert, sollte auch mitreden und mitentscheiden dürfen.

Die Frage „Wie stellen wir uns politische Kommunikation vor?“ bildete das Thema einer weiteren Gesprächsrunde im World Café. In der von der Journalistin Christiane Brehl und Karl-Ulrich Templ moderierten Runde beschäftigten sich die Teilnehmer vor allem mit der Rolle von Online-Medien. Als besonders wichtig betrachteten es die Gesprächsteilnehmer, dass Medien Authentizität gewährleisten und Vertrauen herstellen. Politiker würden heute in den Medien mit Menschen aus dem Show-Business konkurrieren, was





die Darstellung ihrer Arbeit erschwert. Als Ergebnis formulierte die Gesprächsrunde den Wunsch nach mehr Medienkompetenz. Man brauche Kompetenz, um zu wissen, was an Nachrichten und Informationen in den Medien wissenschaftlich sei. In vielen Medien, so die Kritik, würden oftmals Sachverhalte zu wenig erklärt.

„Überlegungen zu Schlüsselszenen der politischen Kultur“ lautete das Thema einer weiteren Gesprächsrunde, die von Gerhard Keim (GIM) und Sylvia Greiffenhagen, Professorin an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg, moderiert wurde. Die Gesprächsteilnehmer betonten darin die Verantwortung für

Gesellschaft. Es dürfe beispielsweise kein Volkssport werden, Steuern zu vermeiden und so dem Allgemeinwohl zu schaden. Ein Teilnehmer der Diskussionsrunde formulierte als Bild für die Zukunft: „Wenn ein Politiker in einer Rede sagen würde: ‚Ich weiß es nicht‘, dann wäre das ein Signal für eine veränderte Kultur.“

„Durch den Meinungsaustausch im World Café entstehen Impulse für jeden einzelnen Teilnehmer.“

*Christine Arbogast,
Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg*



World Café

Das World Café bietet die Möglichkeit, in zwangloser Atmosphäre intensiv über Themen zu diskutieren. Das Prinzip des World Café geht davon aus, dass die Teilnehmer über entsprechendes Wissen und Kreativität verfügen, um an einer solchen Diskussion teilzunehmen. In wechselnden Gruppen werden Themen diskutiert, Ideen entwickelt, Standpunkte beleuchtet und Lösungen erarbeitet. Das World Cafés lockert eine steife Tagungsatmosphäre auf und bietet die Möglichkeit zum zwanglosen Austausch. Leitidee ist die entspannte Atmosphäre eines Straßencafés, in dem sich die Menschen zwanglos unterhalten.



Auch in dieser Gesprächsrunde forderten die Teilnehmer eine stärkere Bürgerbeteiligung. Diese Partizipation könne mit Unterstützung eines Ombudsmanns gelernt werden. Die Diskussion, so das Fazit von Sylvia Greiffenhagen, habe die Teilnehmer ins Nachdenken gebracht und seine Wirkung entfaltet. Die Frage nach Schlüsselzenen der politischen Kultur wurde teilweise sehr persönlich beantwortet mit Erlebnissen, die politisch wachrüttelten.

Dass Baden-Württemberg bei der Betrachtung langfristiger politischer Ent-

wicklungen nicht isoliert zu sehen ist, wurde in der Gesprächsrunde „Politik in der Region – Politik weltweit“ deutlich. In der von der Journalistin Bettina Langer und der Asien-Expertin Eva Schwinghammer moderierten Diskussion forderten die Teilnehmer mehr Selbstbewusstsein von nationalen Politikern im internationalen Umgang. Als sinnvoll wurde erachtet, wenn Regionen miteinander kooperieren und damit international auf Augenhöhe auftreten können. Angesichts starrer Strukturen in der Politik erging von vie-

len Diskutanten dieser Gesprächsrunde der Wunsch an die Parteien, sich für punktuelle Engagements der Bürger zu öffnen und verstärkt als Moderatoren für die Bürger aufzutreten.

Mit der letzten Gesprächsrunde waren die Diskussionen indes noch lange nicht beendet. Kaum minder engagiert diskutierten die Teilnehmer der Veranstaltung im Foyer ihre Themen weiter – das World Café hat seine Wirkung nicht verfehlt und einen ebenso intensiven wie ambitionierten Austausch ausgelöst.

Kreatives Theater auf Zuruf

Was haben die Eule aus dem Signet des Fritz-Erler-Forums, eine Regierungserklärung und ein Haar in der Suppe der Bundeskanzlerin gemeinsam? Nichts – es sei denn, die Mitglieder des Improvisationstheaters „Wildwechsel“ werfen sich in einem Wortwechsel Begriffe zu, die ihnen spontan auf ein genanntes Stichwort einfallen. Ein festes Drehbuch gibt es nicht, was zählt, sind Spontaneität und Kreati-



vität. Das ungewöhnliche Theater-Team hatte zum Abschluss der Veranstaltung die Aufgabe, die von den Gesprächsgruppen zu Papier gebrachten Stichworte in einen Handlungsstrang zu integrieren. Dass dies nicht ohne Ironie und Witz geschieht,

kann man sich angesichts der Basis-Story denken: Die Schauspieler mimten ein Paar, das sich auf dem Weg in eine Kur befindet. Die kreative Truppe zeigte, dass bei aller Schwere des Themas Humor nicht auf der Strecke bleiben sollte.

Impressum

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung/Fritz-Erler-Forum, Felix Schmidt (v. i. S. d. P.); **Redaktion:** Ulrich Bethscheider; **Layout:** Daniela Kieser; **Fotos:** Wilhelm Mierendorf, Landtag Baden-Württemberg (Titel); **Druck:** J. F. Steinkopf-Druck.

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Werastraße 24, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711 24 83 94-47
Telefax: 0711 24 83 94-50
info.stuttgart@fes.de
www.fritz-erler-forum.de



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg